

Dieser Beitrag erschien zuerst im AIB 118/2018

Antifa in der Krise

Das Buch „Antifa – Geschichte und Organisation“ erscheint in dritter Auflage.ⁱ

Angesichts des Rechtsrucks plädiert das AutorInnenkollektiv für eine Strategie-Diskussion der antifaschistischen Linken – und macht einen Vorschlag

Als unser Buch erschien, endete es mit den Protesten gegen den G8-Gipfel 2007 und zumindest die Antifa-Welt schien einigermaßen in Ordnung. Der Ausblick war optimistisch, die Arbeitsteilung zwischen den verschiedenen Spektren schien zu funktionieren – und spätere Erfolge, wie die Verhinderung des Nazigroßaufmarsches in Dresden 2011, bestätigten das praktisch. So eine positive Bestandsaufnahme ist heute nicht mehr möglich. Denn in den zehn Jahren, die seit Heiligendamm vergangen sind, ist so ziemlich alles passiert. Die latente Krise des Kapitalismus ist manifest geworden, die Fotos der Herrschenden im Strandkorb wirken heute fast idyllisch. Es gab linke Offensiven: Von Occupy über den arabischen Frühling, die Fluchtbewegung hier sowie die Bewegung gegen das Loi Travail in Frankreich bis hin zur Durchsetzung der Selbstverwaltung in Rojava. Aber auch rechte Gegenoffensiven: faschistisch, rassistisch und fundamentalistisch motivierten Terror weltweit, Salafismus und der sogenannte Islamische Staat, eine rechte Bewegungsdynamik mit Pegida, Brexit, Trump und Erdogan, bis hin zum Rechtsblinken linker PolitikerInnen. Diese Dynamik zeigt: Wir leben in einer „Zwischenzeit“. Es gibt keine stabile Hegemonie des Neoliberalismus mehr, der passive Konsens der Alternativlosigkeit ist zerbröckelt. Daraus resultierende Konflikte laufen – etwa zwischen KosmopolitInnen und NationalistInnen – quer zu den klassischen Lagern und Parteien. Die ruhigen Zeiten sind auch in den Zentren vorbei und die antifaschistische Linke muss sich darauf einstellen. Denn die Zukunft sieht wenig rosig aus. Der Einzug der AfD in den Bundestag, die ausbleibende Empörung über Österreich, wo nun Rechtsradikale Armee und Polizei kontrollieren – sie sind Zeichen dafür, wie weit der Rechtsruck sogar im Herzen des europäischen Kapitalismus schon ist. Was es jetzt braucht, ist daher eine umfassende Diskussion über Strategie und Taktik. Dass sie bisher fehlt, ist selbst ein Zeichen der Krise der Antifa-Bewegung.

Uns scheint eine Doppelstrategie nötig: Einerseits nicht mehr nach dem Motto „viel hilft viel“ zu verfahren, sondern gezielt gegen die Rechten vorzugehen und eigene Strukturen aufzubauen. Andererseits gegen die Kulturalisierung des Sozialen den (Klassen-)Konflikt wieder grenzübergreifend auf die Tagesordnung zu setzen. Das ist kein Schlusswort, sondern eine Einladung zur Diskussion. Denn klar ist: Es geht nun um einiges, vielleicht sogar um mehr.

Antifa: Keine Kompromisse

Auch wenn die rechte Offensive einige verunsichert hat: Was die Antifa ist und tun soll, lässt sich zunächst einfach beantworten: Denn Antifaschismus ist notwendigerweise militant. Nicht in dem Sinne, dass schwarze Blöcke zur Corporate Identity gehören müssen, sondern weil „er sich nicht am Strafgesetzbuch oder der öffentlichen Meinung, sondern an der Wirksamkeit in der Praxis orientiert“ⁱⁱ Insofern ist die Antifa auch immer autonom: Nicht als Teil einer Subkultur, sondern weil sie kein Kriterium hat, als die Angemessenheit der Mittel für das vernünftige Ziel – die Verteidigung der Bedingung von Befreiung. Deswegen ist „ihre Haltung gegenüber staatlichen Maßnahmen grundsätzlich von Misstrauen geprägt. Sie weiß, dass der Zweck des Staates nicht die Aufrechterhaltung der Grundrechte, sondern jener der Kapitalverwertung ist. Ob Rechte verhaun, geoutet oder gegen sie »nur« demonstriert wird, orientiert sich daher allein daran, was jeweils am erfolgversprechendsten ist.“ⁱⁱⁱ Klar ist: Der

Rechtsruck wird nicht durch Anpassung an ihn gestoppt werden. Und damit ist ein Großteil der Einwände einer nach rechts taumelnden Mitte gegen die Antifa auch schon erledigt. Wenn sie nicht kompromisslos deutlich macht, dass der Rahmen der legitimen Diskussion dort endet, wo anderen Menschen wegen ihrer Herkunft das Grundrecht auf Selbstbestimmung abgesprochen wird, wird es niemand tun. Daher sollten wir uns vom rechten Opfermythos „Meinungsfreiheit“ nicht nervös machen lassen: Ein konsequenter Antifaschismus ist legitim. Den Feinden der Emanzipation keinen Raum zu lassen ist kein „Extremismus“, sondern ihre Bedingung.^{iv} Spannender ist daher die Frage, was wir tun und wo wir ansetzen können, jetzt wo der bundesrepublikanische Konsens gegen die extreme Rechte gebrochen ist.

Faschismus 4.0

Rassismus, Antigenderismus, Verschwörungstheorien – so vielfältig die Programmatik des rechten Hegemonieprojektes scheint, so wenig sollte man sich davon verwirren lassen. Denn sein Modus ist inzwischen deutlich: Es ist ein postfordistisch modernisierter Faschismus, der im nationalen Interesse auf eine „autoritäre Demokratie“ zielt. Das heißt: die klassische, oft bewegungsförmig organisierte Ablehnung der parlamentarischen Demokratie, eine auf territoriale Zugewinne orientierte Expansion und auf strikte, völkische Homogenität ausgelegte Politik der alten FaschistInnen ist flexibilisiert worden. Nun geht es um eine autoritäre Wende innerhalb der bestehenden Institutionen. Statt offenem Terror werden Ausnahmezustand und Verselbstständigung der Exekutive selektiv in den Rechtsstaat integriert, diktatorische Elemente (Präsidialdemokratie) in den Parlamentarismus eingebaut. Wie man nicht nur in Österreich, Ungarn und Polen, sondern inzwischen auch anhand von Äußerungen aus der Union („Konservative Revolution“) sehen kann: Statt eines totalitären Führerstaates soll es zunächst eine Restauration der fordistischen Hierarchien (Nation, Kleinfamilie etc.) geben, obwohl ihnen längst die materielle Basis fehlt. Gegen die Verwerfungen des kapitalistischen Weltmarktes wird auf die Übersichtlichkeit der Nation und die autoritäre Befriedung sozialer Konflikte gesetzt. Gerne verkörpert durch mehr oder weniger charismatische Idole. Was als Rechtsruck bezeichnet wird, wäre daher besser als autoritäre Formierung zu verstehen. Rechtspopulismus ist dagegen eine unglückliche Verharmlosung.

Die FaschistInnen des 21. Jahrhunderts wollen – zumindest in den noch funktionsfähigen Nationalstaaten des Zentrums – vor allem einen materiellen wie ideologischen Besitzstand verteidigen; dementsprechend fehlt ihnen fast jedes „revolutionäre“ Moment. Sie sind ein Verfallssymptom.^v Mehr als dem historischen Nationalsozialismus, der eine totalitäre Modernisierungsbewegung war, gleicht der Faschismus des 21. Jahrhunderts in Europa daher dem ständischen Faschismus eines António Salazar in Portugal, der auf Abschottung und Stillstand setzte.^{vi} Das macht die parteigewordenen Internetrolle der AfD allerdings nicht ungefährlich. Denn weder ist eine weitere Radikalisierung bei einer Verschärfung der Krisen ausgeschlossen, noch sollte das Gewaltpotential einer illiberalen Demokratie in den Zentren des Kapitalismus unterschätzt werden. Wenn sich der autoritäre Wettbewerbsstaat von Menschen- und Minderheitenrechten „befreit“ und damit seiner ideologischen Rechtfertigungszwänge entledigt, macht das noch weitaus brutalere Politiken möglich.

Bei uns anfangen

Die Entwicklungen der letzten Jahre haben zwar einige Behauptungen der antifaschistischen Linken bestätigt, z.B. bezüglich der autoritären Potentiale des Sicherheitsstaates, des Zusammengehens von Staat und Nazis (NSU) oder eines aufkommenden Faschismus in Krisenzeiten. Zugleich ist die Antifa aber weder organisatorisch, noch kulturell oder strategisch auf der Höhe. Auch analytisch ist noch Luft nach Oben. Aufgrund dieser Defizite

wirkt sie meist als defensive Kraft, die vor allem reagiert. Aber in einer Hegemoniekrise heißt das oft – siehe den AfD-Erfolg – zu spät zu kommen. Denn so überlassen wir anderen die Initiative; beispielsweise der Identitären Bewegung, die in Bezug auf ihre Aktionsformen, Medienarbeit und Inhalte – trotz ihrer schmalen personellen Basis – eine wirkmächtige Weiterentwicklung rechter Strategien darstellt. An ihr und ihren Vordenkern, wie Götz Kubitschek, lässt sich auch die Bedeutung langfristiger Schulungs- und Begriffsarbeit ablesen. Vor einigen Jahren noch als Freaks aus Schnellenroda ein Running Gag auf Antifa-Partys, haben die Neurechten gezeigt, dass ein langer Atem und systematische Aufbauarbeit entscheidend sein können.^{vii} Denn die „Neue Rechte profitiert nicht von der Krise, weil sie im Alltag der Menschen gut verankert wäre. Sondern weil sie über eine Handlungsperspektive und eine emotional erfahrbare Erzählung verfügt“.^{viii} Die Antifa kann dagegen ihre Schwächen, die in Zeiten eines stabilen Neoliberalismus weniger stark aufgefallen sind, nicht mehr verdecken. Das heißt nicht, dass alles falsch ist. Nach wie vor hat sie Potential. Aber: Sie leidet als „Teilbereich“ linker Bewegung darunter, wenn diese insgesamt kein Konzept hat. Damit zeigt die Schwäche der Antifa die Schwäche der radikalen Linken als Ganzer. Uns aus diesem Elend zu erlösen, wird uns aber mal wieder niemand abnehmen.

It's the imperiale Lebensweise, stupid

Die Diskussion in der Linken zu den Ursachen des Rechtsrucks hat selbst eine rechte Schieflage, leider nicht nur in der Linkspartei.^{ix} Aber niemand wählt RassistInnen, weil er/sie damit Protest ausdrücken will, der emanzipatorisch politisierbar wäre. Wer seine Stimme für die AfD abgibt, will nicht Teil einer Opposition für soziale Gerechtigkeit sein, sondern sich gegen die wachsende Zahl an „Überflüssigen“ abschotten. Das zeigt auch ein Blick auf die WählerInnen: Der größte Block an Stimmen nämlich 36 Prozent (2,1 Mio.) kam von den Angestellten, weitere 30 Prozent (1,75 Mio.) von RentnerInnen, die meisten sind mit ihrer wirtschaftlichen Lage zufrieden.^x Was sie verbindet, ist der Versuch die „imperiale Lebensweise“ (Brand/Wissen 2017) gegen ihre demokratischen Kosten zu verteidigen, indem „der Zusammenhang zwischen dem eigenen Reichtum und der Armut der Anderen geleugnet“ und eine Volksgemeinschaft beschworen wird, die sich den Wohlstand hart erarbeitet habe“.^{xi} Wer heute versucht, die „soziale Frage“ im Rahmen des Bestehenden zu beantworten, reproduziert daher – siehe Wagenknecht, Augstein und Co – vor allem seine Trostlosigkeit. Wer das zivilgesellschaftliche Bündnis mit dem Neoliberalismus sucht und sich auf Politikberatungen beschränkt, kämpft allerdings ebenso auf verlorenem Posten. Die Opposition gegen eine Ordnung, die das Elend hier und erst recht anderswo, massenweise produziert, ausgerechnet den Rechten zu überlassen, ist keine gute Idee. Denn der Konflikt zwischen „progressivem Neoliberalismus“ und autoritärem Nationalismus ist nur einer zwischen unterschiedlichen Varianten der imperialen Lebensweise. Und er liegt in der Sache. In Ländern des Zentrums, deren im globalen Wettbewerb agierende Unternehmen auf soziale Umwälzungen angewiesen sind, ergibt sich ein Dilemma: Einerseits haben Teile der Eliten ein Interesse an der Flexibilisierung von alten Identitätskonzepten. Andererseits stehen die Staaten unter Druck durch Teile ihrer Bevölkerungen, die ihre relativen Privilegien aufrechterhalten wollen und mehr Abschottung fordern. Ihre gemeinsame Grundlage ist der Kampf um ein Stück vom schrumpfenden Kuchen in der internationalen Konkurrenz. Ihm entspricht die „Verhärtung der politischen Form“ (Agnoli). Das erklärt, warum jede Politik, die diese Konstellation nur besser verwalten will, mit schlafwandlerischer Sicherheit nach rechts driftet.

Alles muss man selber machen

Es gibt eine dritte Option jenseits von liberaler Staatsantifa und sozialnationaler Querfront: Was funktionieren kann, sind an der Basis verankerte Formen von Solidarität und Selbstorganisation, die verbunden werden mit dem Mut, den Konflikt mit den Profiteuren des Krisenkapitalismus zu suchen. Mit anderen Worten: Jeder Faschismus ist Index einer unvollständigen Befreiung, wer soziale gegen kulturelle Emanzipation ausspielt (oder anders herum), besorgt das Geschäft der Rechten. Es braucht daher ein unabhängiges Projekt von links, eine neue, antiautoritäre Erzählung samt dem Aufbau eigener Strukturen. Egal ob in der Jugendantifa, im Amazon-Logistik-Center oder im Stadtteilzentrum – entscheidend ist, Demokratie von Unten erfahrbar zu machen und Konflikte grenzübergreifend loszutreten zu können. Schon um den Rechten das Monopol auf die Aufregerthemen zu nehmen. Das Potential dafür ist da: Nicht bei der Mehrheit und sicher nicht bei Afd-WählerInnen, aber von migrantischen Jugendlichen bis zum urbanen Dienstleistungsproletariat gibt es einige, die vom neoliberalen Wettbewerbsstaat wenig und von der autoritären Demokratie der Rechten nichts zu erwarten haben. Diese Aufbauarbeit ist mühsam, braucht in schweren Fällen (z.B. in der sächsischen Provinz) systematische Unterstützung aus den Städten – und sie dauert. Aber was in den letzten „25 Jahren versäumt wurde“ (IL Rostock) kann tatsächlich nicht mit einem Ruck nachgeholt werden. Festivals wie „Wasted in Jarmen“ sind Beispiele dafür, wie es gehen könnte. Klar ist: Wir sollten die „soziale Frage“ weder im Sinne liberaler Identitätspolitik rechts liegen lassen, noch ihre Reduktion auf nationale Sozialpolitik mitmachen. Statt sie auf finanzielle Interessen zu reduzieren und im Sozialstaat nur besser zu beantworten, gilt es, sie von unten, als Frage nach einer anderen Art zu leben, überhaupt erstmal zu stellen.^{xii} Gehen wird das nur mit dem Mut zum grenzübergreifenden Klassenkonflikt, der Fragen von Rassismus und Geschlecht natürlich miteinschließt. All das ist zwar nicht nur Aufgabe der Antifa, aber es muss spätestens heute auch ihre sein. Nicht als Recycling eines „revolutionären Antifaschismus“, sondern als eigenes Handlungsfeld. Denn eine radikale Linke, die nur antifaschistisch ist, ist keine.

Kräfte fokussieren – Aktionsformen erweitern

Zugleich ist die Konfrontation mit den neuen FaschistInnen nötig, um die Normalisierung der AfD zu stören und die Bedingungen unserer Politik im Konkreten zu verteidigen. Doch gegen eine etablierte extrem rechte Partei braucht es andere Maßnahmen als gegen die örtliche Kameradschaft. Schon um sich nicht zu verzetteln oder am Ende gar die Kulisse für die Inszenierung der FaschistInnen zu liefern. Wir schlagen daher vor, einerseits die Mobilisierungen auf wenige, ohnehin öffentlichkeitswirksame Termine, wie Parteitage, zu beschränken, dabei dann allerdings das Aktionsrepertoire wieder zu erweitern. Gerade weil die Mitte ihren rechten Rand nur noch mit Samthandschuhen anfasst, muss es jemanden geben, der sie auszieht. Anstatt weiter auf eine Breite zu setzen, die es momentan nicht gibt, wären Formen wie das dezentrale Konzept aus den 1990ern^{xiii} genauer unter die Lupe zu nehmen. Nicht jedes Revival ist schlecht. Statt symbolischen Protest braucht es praktischen Widerstand – auch als öffentliches Zeichen. Es ist schön, wenn Zivilgesellschaft und NGOs den „Deckmantel der AfD lüften“ (Gert Wiegelt), aber Aufgabe der Antifa ist es, zu verhindern, dass sie ihn zeigen kann. Das meint etwas anderes, als entweder „radikale Kritik“ zu artikulieren^{xiv} oder möglichst breite Bündnisse zu schließen^{xv}, nämlich selber praktisch handlungsfähig werden. Antifa ist mehr als Verbandsarbeit + Verbalradikalität. Die Nika-Kampagne hat Recht, dass „wir nicht vergessen sollten, dass auch die Verhinderung von NPD-Demos lange Zeit nur ein Ziel der Autonomen Antifa war. Es ist nicht unmöglich, dass AfD-Parteitagen dasselbe Schicksal wiederfährt“.^{xvi} Dafür braucht es aber nicht nur Presse- und Bündnisarbeit, sondern neue Vernetzungen, z.B. mit migrantischen Communities, die bisher noch viel zu selten dabei – und vom Rechtsruck als erste betroffen – sind. Zugleich ist es nötig, selber Prioritäten zu setzen. Dass zu einem Kleinstaufmarsch in Leipzig-Connewitz

bundesweit alles fährt, was laufen kann, bei den Protesten gegen die AfD-Parteitage in Stuttgart, Köln und Hannover aber viele fehlen, ist ein Fehler.

Jenseits dieser Events wäre immer wieder dort anzusetzen, wo es weh tut: Bei der rechten Infrastruktur und beim verständnisvollen Umfeld. Was wir uns in Zukunft sparen sollten, ist den FaschistInnen mit kreativen Diskurs-Interventionen entgegen zu treten. Sie sind mit Argumenten ohnehin nicht zu erreichen und sollten entsprechend behandelt werden. Argumente sind dort besser aufgehoben, wo sie jemanden stören. Selbst 15 Prozent Rechte sind weniger ein Problem, als eine Öffentlichkeit, die meint es wäre ok, Verständnis für FaschistInnen zu haben. Sie sollte daher ins Zentrum kreativer Proteste rücken – gegen dich und deine Freunde! Um es konkret zu machen: Das Problem bei der Frankfurter Buchmesse waren weniger die rechten Hansel, als der renommierte Börsenverein, der sie hofierte.

Winter 2017

i Keller et al. 2011: Antifa – Geschichte und Organisation, Stuttgart,
http://www.theorie.org/titel/678_antifa

ii Vgl.

<https://www.antifainfoblatt.de/artikel/extremismus-der-vernunft-%E2%80%93-%C2%A0was-antifa-heute-sein-kann-und-machen-sollte>

iii

Ebd.

iv

Abschließend dazu: <https://www.youtube.com/watch?v=IKICKcMU3MU>

v

Vgl. Interview mit Volker Weiß im AIB Nr. 117, Winter 2017

vi

Vgl. Ismail Küpeli 2012: Nelkenrevolution reloaded, Münster

vii

Vgl. Volker Weiß: Die autoritäre Revolte, Stuttgart

viii

Vgl. <http://blog.interventionistische-linke.org/klasse-mit-differenz/die-debatte-erweitern>

ix

Vgl. Dänisches Debakel, in AIB 117, Winter 2017

x

Vgl.

http://www.kolleg-postwachstum.de/sozwgmedia/dokumente/WorkingPaper/WP+7_17+Eversberg_end.pdf

xi

Ebd.

xii

Vgl. Robert Maruschke, Basisarbeit statt Spezialstrategie, in AIB 117, Winter 2017

xiii

Vgl. <https://www.nadir.org/nadir/initiativ/bgr/texte/millien.htm>

xiv

Vgl. http://plauen0105.blogspot.eu/2016/05/02/pm-1200-teilnehmer_innen-bei-antifa-demo-naziaufmarsch-verhindert/

xv

Vgl. <http://blog.interventionistische-linke.org/bundestagswahl-2017/rechte-aufmaersche-werden-nicht-nur-auf-der-strasse-verhindert>

Vgl. Interview mit Nika und AgR im AIB 117, Winter 2017